

6651/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Steindl
und Kollegen
an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz
betreffend Konsequenzen aus dem Rechnungshof - Unterausschuß zum Thema AMS

Der Bericht des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses über die
Gebahrung des AMS, der mit den Stimmen der SPÖ beschlossen wurde, hält u.a.
nachstehenden Kritikpunkt fest:

Der Bericht des Rechnungshof - Unterausschusses stellt in Bezug auf das Frauenministerium
ebenfalls klar und deutlich fest, daß dieses Ministerium sehr wohl seine EFS - Projekte dem
Hohen Haus vorlegen muß, obwohl sich dieses Ministerium bisher geweigert hatte, dieses zu
tun.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für
Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz folgende

Anfrage:

1. Sind Sie bereit, dem Hohen Haus, die Unterlagen betreffend EFS - Projekte, die von Ihrem
Ministerium beauftragt wurden, vorzulegen?
2. Wenn ja, bis wann werden Sie diese Unterlagen übermitteln?
3. Wenn nein, warum nicht?